
UVB zum sogenannten "Equal Pay Day"

18.03.16 | Berlin

UVB zum sogenannten "Equal Pay Day"

Amsinck: Für gleiche Bezahlung von Frauen und Männern ist kein Gesetz nötig

Gleiche Bezahlung für Frauen und Männer – um dieses Ziel zu unterstreichen, gibt es den sogenannten Equal Pay Day. Dieses Jahr fand er am 19. März statt. Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) weisen den Vorwurf zurück, Arbeitgeber würden gleiche Tätigkeiten und Qualifikationen unterschiedlich entlohnen. „Es stimmt nicht, dass Frauen für die gleiche Arbeit 22 Prozent weniger Geld bekommen als Männer. Durch ständige Wiederholung, auch seitens der Politik, wird das nicht richtiger“, kritisierte UVB-Hauptgeschäftsführer Christian Amsinck. Tatsächlich liege die ungeklärte Entgeltlücke zwischen Frauen und Männern nur bei zwei Prozent.

So weise selbst das Statistische Bundesamt, das die Statistik erstellt, ausdrücklich darauf hin, dass die Einkommensunterschiede durch verschiedene Faktoren erklärbar sind – und diese nichts damit zu tun haben, dass Frauen diskriminiert würden. „Die Einkommensunterschiede entstehen, weil Frauen sich häufiger für schlechter bezahlte Berufe und für Teilzeit-Arbeit entscheiden als Männer“, führte Amsinck aus. Hinzu komme, dass Frauen häufiger als Männer eine längere Auszeit vom Beruf nähmen – um Kinder zu betreuen oder Angehörige zu pflegen.

Auch die Unternehmen hätten ein großes Interesse am Aufstieg und an einer besseren Bezahlung von Frauen, sagte der Verbandschef. „Wir Arbeitgeber werben schon seit Jahren um mehr Bewerberinnen in den sogenannten MINT-Fächern – in der Metall- und Elektroindustrie etwa mit den InfoTrucks, die überall im Land über die guten Karriere-Perspektiven in der Branche informieren. Für

gleiche Verdienstchancen brauchen wir kein Gesetz, das die Unternehmen mit noch mehr Bürokratie belastet“, befand Amsinck. „Wir brauchen entschlossenes politisches Handeln, das an den wahren Ursachen der Einkommensunterschiede ansetzt und die Versäumnisse der vergangenen Jahre behebt.“

Nötig sei eine bessere Kinderbetreuung, damit sich Familie und Beruf besser vereinbaren lassen. „Und die Politik muss durch eine bessere Berufsorientierung im Bildungssystem dafür sorgen, dass Mädchen und Frauen häufiger naturwissenschaftlich-technische Berufe mit ihren hervorragenden Verdienstchancen wählen.“

Disclaimer

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) sind die Stimme der Wirtschaft in der Hauptstadtregion. Wir stehen für 60 Mitgliedsverbände aus allen wichtigen Branchen, von der Autoindustrie bis zur Startup-Branche. Als Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) setzen wir uns für die Belange der regionalen Wirtschaft auf Bundesebene ein. Unser ordnungspolitisches Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft mit einem funktionierenden Wettbewerb. Für uns sind unternehmerische Freiheit, ökonomische Leistungsfähigkeit und Verantwortung für das Gemeinwohl untrennbar miteinander verbunden.

- [Auf Xing teilen](#)
- [Auf Facebook teilen](#)
- [Auf X teilen](#)
- [Auf LinkedIn teilen](#)

- [Drucken](#)
- [Als PDF speichern](#)

Ihr Ansprechpartner zum Thema "Soziale Sicherung"

Abteilungsleiter Soziale Sicherung und Arbeitsmarkt

Alexander

Schirp

Telefon:
+49 30 31005-101

Telefax:
+49 30 31005-160

E-Mail:
Schirp [at] uvb-online.de

[Download VCF](#)

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:

Broenstrup [at] uvb-online.de

[Download VCF](#)